

Wie beurteilen Sie den Regierungsvorschlag zur langfristigen Sicherung der AHV?

Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini schickte vergangene Woche einen Vorschlag zur langfristigen finanziellen Sicherung der AHV in die Vernehmlassung. Sein Vorschlag: Die **Zahlung einer Einmaleinlage von 100 Millionen aus dem Staatsvermögen per Ende 2020** und die Erhöhung der AHV-Beiträge von 8,1 auf 8,7 Prozent ab 2024. Damit würde nach den Modellrechnungen die AHV auch im Jahr 2038 über die gesetzlich geforderten Reserven von mindestens fünf Jahresausgaben verfügen.



Georg Kaufmann
Fraktionssprecher der
Freien Liste (FL)

Der Gesellschaftsminister hat im Auftrag des Landtages einen Vorschlag zur langfristigen Sicherung der AHV ausgearbeitet, der nun in die

Vernehmlassung geht. Das heisst, alle interessierten Kreise im Volk sind eingeladen, sich mit der Vorlage zu beschäftigen und der Regierung eine Rückmeldung zu geben. In der Folge wird die Regierung einen Bericht und Antrag zuhanden des Landtags ausarbeiten. Dies ist dann auch der Zeitpunkt, an welchem ich als Abgeordneter öffentlich Stellung beziehen werde.

Ich finde es aber richtig, dass wir uns frühzeitig

Erwerbsabhängige Lösung gefordert,

mit der langfristigen finanziellen Sicherung der AHV beschäftigen – einer Problematik, welche in frühestens 15 Jahren akut wird. Umso dringender wäre es demnach, dass wir uns bei den Krankenkassenprämien, welche viele Bürger heute schon sehr belasten, ebenso ins Zeug legen und endlich anstatt unserer unsozialen Kopfprämien eine erwerbsabhängige Lösung, wie sie bei Sozialversicherungen Usus ist, in die Wege leiten würden.



Herbert Elkuch
Mitglied der Demokraten pro
Liechtenstein (DpL)

Für die langfristige Sicherung der AHV sind die heutigen Beitragsätze zu tief. In der AHV haben mehr Ausländer als Inländer ein Recht auf eine

Rente. Mit der Erhöhung des Beitragssatzes werden In- und Ausländer gleichermaßen zur Finanzierung verpflichtet. Für Grenzgänger ist weniger der Beitragssatz ein Kriterium. Vielmehr ist ihnen eine sichere Rente wichtig. Sie haben hier einbezahlt und brauchen die AHV-Rente aus Liechtenstein, da ihnen in ihrem Land Beitragsjahre fehlen. FBP-Exponenten zusammen mit einer VU-Abgeordneten schrieben im «Volksblatt» «100 Millionen für die Senioren». Das ist FBP-Wahlwerbung. In Wirklichkeit sind die Renten für die heutigen Senioren gesichert und diese 100 Millionen Franken ergeben keine höhere Rente – dies aufgrund einer Gesetzesbestimmung. Diese 100 Millionen Franken würden irgendwann für in- und ausländische Renten aufgeteilt. Wenn die 100 Millionen Franken den hiesigen Rentnern zugutekommen sollen, müssten diese von der Staatskasse direkt an die Rentner ausbezahlt werden.

In der AHV bauen sich immer grössere Verpflichtungen gegenüber Grenzgängern auf. Deshalb ist es sinnvoll, durch eine genügend hohe Beitragserhöhung, die auch Grenzgänger einbindet, ausreichende AHV-Reserven zu schaffen. Ansonsten kann die AHV bei einem wirtschaftlichen Abschwung einmal zu einer grossen finanziellen Belastung für die liechtensteinische Bevölkerung werden.



Jürgen Beck
Landtagsabgeordneter
der Unabhängigen (DU)

Die Frage kommt wohl etwas früh, ist aber durchaus berechtigt.

Der Vorschlag ist auf den ersten Blick nicht gerade berauschend, er-

scheint aber bei weiterer Betrachtung durchaus prüfenswert. Bestehend ist die gnadenlose Ehrlichkeit und Einfachheit des Vorschlags.

Ehrlichkeit deshalb, weil gerade in Anbetracht der unsicheren Zukunft auf dem Arbeitsmarkt, ausgelöst durch die weltweite Coronakrise, eine Arbeitslosenwelle ein denkbare Szenario sein könnte. Dadurch würden die Einlagen in die AHV massiv weniger werden, eine Rezession mit negativen Begleiterscheinungen ist zudem auch nicht ausgeschlossen. Also müssen wir jetzt handeln, solange es die finanziell gute Situation des Landes erlaubt. Mit einer Einmalzahlung von 100 Millionen Franken würden wir die Lage in den kommenden Jahren massiv entspannen und uns ellenlange, nichtssagende politische Debatten ersparen.

Einfach deshalb, weil eine geringfügige Prämienhöhung von 8,1 auf 8,7 Prozent sicher eher verkraftbar sein wird, als eine Erhöhung des Rentenalters bzw. Kürzung der Auszahlungen.

In diesem Sinne könnte die Formel «einfach und ehrlich» eine durchaus vielversprechende Formel sein.

Bevor ich es vergesse: Diejenigen, die immer vom schlimmen Export der AHV ins Ausland sprechen, vergessen wohlweislich, dass auch Ausländer ihren Anteil an unserem Wohlstand geleistet haben und auch Familien haben, die sie ernähren müssen.




**Deine Frage?
E-Mail genügt!**
 redaktion@
liewo.li



Elfried Hasler
Landtagsabgeordneter FBP

Massnahmen zur langfristigen Sicherung der AHV sind notwendig. Dabei stehen nur drei Stellschrauben zur Verfügung: Eine Erhöhung der

Lohnbeiträge, des Rentenalters oder des Staatsbeitrages an die AHV.

Gerade in einem Vorwahljahr wäre es für Politiker am bequemsten, ganz einfach nur den Staatsbeitrag an die AHV von derzeit 30 Millionen Franken jährlich zu erhöhen, um so andere unpopuläre Massnahmen vorerst zu umgehen. Damit würde aber der Staatshaushalt auf unbestimmte Zeit hinaus jährlich wiederkehrend stark belastet und das Problem nur in die Zukunft verschoben.

Die Regierung schlägt nun aber ein Paket aus einer Beitragserhöhung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber von unter dem Strich je 0,18 Lohnprozent sowie einen einmaligen Zusatzbeitrag des Staates von 100 Millionen Franken an die AHV vor.

Der Vorschlag der Regierung scheint mir vernünftig. Die AHV wird gestärkt, die Mehrbelastung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber ist sehr moderat, der Staatshaushalt wird nicht wiederkehrend und auf unbestimmte Zeit belastet und durch einmalige hohe ausserordentliche Steuereinnahmen im Jahr 2020 ist der einmalige Zusatzbeitrag des Staates finanziell gut vertretbar. Nicht zuletzt kann damit derzeit auch auf eine weitere Erhöhung des Rentenalters verzichtet werden.



Michael Winkler
Parteisekretär VU

Schlau und machbar, aber nicht visionär, was der Gesellschaftsminister zur langfristigen Sicherung der AHV in die Vernehmlassung schiebt. Es ist immerhin schon seine zweite AHV-Revision ohne jegliche Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsfaktoren. Kurz vor den Wahlen geht es dort über den Zaun, wo er am niedrigsten ist: Arbeitgeber und Arbeitnehmer werden in ein paar Jahren

moderat zur Kasse gebeten, von der dieses Jahr noch zu erwartenden Ertragsschwemme werden hundert Millionen als Sonderstaatsbeitrag der AHV zugeschossen. An zwei von drei Stellschrauben ist damit gedreht. Wer nun aber glaubt, dass die unpopulärste dritte Stellschraube – nämlich die Erhöhung des Rentenalters – nun endgültig vom Tisch ist, glaubt auch an den Osterhasen. Der nächste oder spätestens der übernächste Gesellschaftsminister wird sicher nicht mehr darum herumkommen. Lößlich: Immerhin ist mit diesem Vorschlag die unselige FBP-Mogelpackung «AHV-Finanzierungsvorschlag» endgültig vom Tisch, mit der Pedrazzini's eigene Fraktion im März-Landtag bereits Schiffbruch erlitten hatte.

Nicht visionär,,

moderat zur Kasse gebeten, von der dieses Jahr noch zu erwartenden Ertragsschwemme werden hundert Millionen als Sonderstaatsbeitrag der AHV zugeschossen. An zwei von drei Stellschrauben ist damit gedreht. Wer nun aber glaubt, dass die unpopulärste dritte Stellschraube – nämlich die Erhöhung des Rentenalters – nun endgültig vom Tisch ist, glaubt auch an den Osterhasen. Der nächste oder spätestens der übernächste Gesellschaftsminister wird sicher nicht mehr darum herumkommen. Lößlich: Immerhin ist mit diesem Vorschlag die unselige FBP-Mogelpackung «AHV-Finanzierungsvorschlag» endgültig vom Tisch, mit der Pedrazzini's eigene Fraktion im März-Landtag bereits Schiffbruch erlitten hatte.